

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **30.06.2010**, 17:15 Uhr - 20:02 Uhr,
Stadtwerke Münster GmbH, Hafenplatz 1, 1. Etage, Raum A 101, 48155 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Gilbert Aldejohann, Peter Frings (ab 19:33 Uhr), Richard-Michael Halberstadt, Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Robert Otte, Florian Steinforth, Barbara Stober, Dieter von den Berg (bis 19:33 Uhr),

von der SPD-Fraktion

Prof. Dr. med. Dr. phil. Stefan Evers (bis 19:38 Uhr), Beanka Ganser, Elke Haves-Cloppenburg, Dr. jur. Thorsten Kornblum (bis 19:43 Uhr), Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Gisela Holtz, Otto Reiners, Harald Wölter,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dr. Karin Obst (bis 19:36 Uhr), Dietmar Uhlenbrock (ab 19:36 Uhr),

von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Wagstaff,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener (bis 19:35 Uhr), Gabriele Markerth, Dr. Gabriele Peus-Bispinck (ab 17:28 Uhr), Martin Schofer,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dr. Joachim Alexewicz, Felix Graf von Plettenberg, Heinz Lembeck, Dr. Roland Otto, Gabriele Regenitter, Thomas Schulze auf'm Hofe, Frank Treutler, Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlten:

Birgit Edler (entschuldigt), Michael Hartleif (entschuldigt), Thomas Kollmann (entschuldigt), Kurt Pölling (entschuldigt), Rüdiger Sagel (entschuldigt),

Gäste:

Joachim Sommer, Leiter des Internationalen Zentrums der WWU »Die Brücke«,
Spyridon-Paul Marinos, Vorsitzender des Integrationsrates

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| | 5. | Internationales Sommerfest auf dem Gelände der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster |
| <u>V/0418/2010</u>
IV | 6. | Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2009 |
| | 7. | Bericht der Verwaltung zur Vernetzung der Hospizarbeit |
| <u>V/0497/2010</u>
V | 8. | Organisatorische Alternativen zur künftigen Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II in der Stadt Münster |
| <u>V/0363/2010</u>
V | 9. | Anpassung des städtischen Belegungsmanagements zur Unterstützung Wohnungssuchender |
| <u>V/0489/2010</u>
V | 10. | Soziale Wohnraumförderung |
| <u>V/0422/2010</u>
V | 11. | Großwohnsiedlung Kinderhaus-Brüningheide
Vorbereitung von wohnungswirtschaftlichen Perspektiven für das Gebiet "Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide" |

<u>V/0291/2010</u> V	12.	Wohngebiet Brüningheide: Jahresbericht Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide und Handlungsempfehlungen 2011-2013
<u>V/0468/2010</u> V	13.	Wiedereinführung des Münster-Passes, Angebotskonzept ab 01.09.2010
<u>V/0441/2010</u> V	14.	Städtische Förderung der Verbraucherberatung Münster 2011-2015 (allgemeine Verbraucherberatung)
<u>V/0413/2010</u> V	15.	Geschäftsbericht 2009 des Sozialamtes
	16.	Verschiedenes

Herr Aldejohann eröffnete um 17:15 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Er sprach der Stadtwerke Münster GmbH im Namen des Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung seinen Dank für die unentgeltliche Bereitstellung der Räumlichkeiten aus.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtete Herr Aldejohann folgende Mitglieder mit Handschlag:

Frau Markerth,
Herrn Prof. Evers.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Gegen den Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnung um den Punkt Internationales Sommerfest zu erweitern und die Vorlage V/0363/2010 „Anpassung des städtischen Belegungsmanagements zur Unterstützung Wohnungssuchender“ von der Tagesordnung abzusetzen, wurden keine Bedenken erhoben.

Damit wurde die Tagesordnung einvernehmlich wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung

1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Eingänge und Mitteilungen

	3.1.	Eingänge
	3.2.	Mitteilungen
	4.	Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
	5.	Internationales Sommerfest auf dem Gelände der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
<u>V/0418/2010</u> IV	6.	Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2009
	7.	Bericht der Verwaltung zur Vernetzung der Hospizarbeit
<u>V/0497/2010</u> V	8.	Organisatorische Alternativen zur künftigen Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II in der Stadt Münster
<u>V/0489/2010</u> V	9.	Soziale Wohnraumförderung
<u>V/0422/2010</u> V	10.	Großwohnsiedlung Kinderhaus-Brüningheide Vorbereitung von wohnungswirtschaftlichen Perspektiven für das Gebiet "Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide"
<u>V/0291/2010</u> V	11.	Wohngebiet Brüningheide: Jahresbericht Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide und Handlungsempfehlungen 2011-2013
<u>V/0468/2010</u> V	12.	Wiedereinführung des Münster-Passes, Angebotskonzept ab 01.09.2010
<u>V/0441/2010</u> V	13.	Städtische Förderung der Verbraucherberatung Münster 2011-2015 (allgemeine Verbraucherberatung)
<u>V/0413/2010</u> V	14.	Geschäftsbericht 2009 des Sozialamtes
	15.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen**

Herr Willamowski schlug vor, bei einigen umfangreicheren Mitteilungen nur die Kernaussagen vorzutragen und den vollständigen Text dem Protokoll als Anlagen beizufügen.

- 3.2.1 Die im vergangenen Jahr geänderte Ausführungsverordnung zum SGB XII verpflichtet die überörtlichen und örtlichen Träger der Sozialhilfe, ihre Leistungsinhalte und -strukturen für die Bereiche des betreuten Wohnens für Menschen mit Behinderungen sowie für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Steuerungs- und Planungsgremien gemeinsam weiter zu entwickeln und zu koordinieren. Die Verordnung sieht vor, dass die Sozialhilfeträger dazu Kooperationsvereinbarungen bis zum 30. April 2010 abschließen.

Herr Willamowski berichtete, dass die Verwaltung eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet habe. Nähere Informationen können der beigelegten Mitteilung entnommen werden - **Anlage 1**.

- 3.2.2 Herr Willamowski informierte darüber, dass im Zusammenhang mit dem Umsetzungskonzept zur medizinischen Versorgung wohnungsloser Menschen in insgesamt 6 Städten in NRW eine Evaluation dieser Hilfen in Auftrag gegeben wurde. Der Entwurf des Berichts des KVWL liege dem Sozialamt zur Bewertung vor; eine Veröffentlichung der entsprechenden Ergebnisse, die mit Pressebegleitung erfolgen solle, sei für den weiteren Verlauf des Jahres 2010 geplant.

Die endgültige Fassung des Berichts werde den Mitgliedern des ASGAf zur Verfügung gestellt.

- 3.2.3 Hinsichtlich der Vorlage V/0331/2010 „Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle des Gesunde-Städte Netzwerks“, die der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung in der Sitzung am 19.05.2010 ohne Beschlussfassung geschoben hat und die wegen Beratungsbedarf der Fraktionen bisher nicht auf die Tagesordnung des Hauptausschusses gesetzt wurde, bat Herr Stadtrat Paal die Mitglieder, der Verwaltung eine Rückmeldung zu geben, wenn die Meinungsbildung abgeschlossen sei und zugleich zu erklären, ob die Beratungskette fortgesetzt oder die Vorlage erneut im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung erörtert werden solle.

- 3.2.4 Herr Willamowski informierte über einen Vorschlag der Verwaltung zur Zuschussgewährung an den Verein Treffpunkt Waldsiedlung e. V..

Der ASGAf habe in der (Etat-) Sitzung am 24.02.2010 beschlossen, dem Verein Treffpunkt Waldsiedlung e.V. in den Jahren 2010-2012 jährlich einen Zuschuss in Höhe von 5.000 € für die Mietnebenkosten einer weiteren, zusätzlichen Wohnung zu gewähren. Außerdem habe sich der Ausschuss mit dem Antrag beschäftigt, dem Verein Mittel für eine professionelle Unterstützung bereit zu stellen. Die Verwaltung habe inzwischen mit dem Trägerverein - aber auch mit den anderen Trägern vor Ort - Gespräche geführt, um Fragen der Zusammenarbeit zwischen den dortigen Akteuren zu erörtern.

Die Wohnung werde von der Wohn+Stadtbau GmbH noch grundständig saniert, sei daher voraussichtlich nicht vor Anfang 2011 bezugsfertig. Insoweit würden für die Anmietung der weiteren Räume im Jahr 2010 keine Nebenkosten entstehen.

Gleichzeitig sei die Förderung der Stiftung Siverdes für die professionelle Unterstützung der Vereinsarbeit Treffpunkt Waldsiedlung e.V. im Jahr 2009 ausgelaufen. Der ASGAf habe in der Sitzung am 24.02.2010 besprochen, eine Förderung aus den Mitteln der BV

Süd-Ost oder den Überschüssen der Sparkasse Münsterland-Ost zu prüfen, die jedoch nicht zustande gekommen sei.

In der Etatsitzung am 24.02.2010 habe Konsens in der Bewertung bestanden, dass das Vereinsanliegen nach Finanzierung professioneller Unterstützung dem Grunde nach erforderlich sei. Dass dieses Erfordernis weiterhin bestehe, hätten die Gespräche zwischen Verwaltung und Verein noch einmal deutlich werden lassen.

Die Verwaltung sei daher der Auffassung, dass dem Verein Treffpunkt Waldsiedlung e.V. im Jahr 2010 der Zuschuss in Höhe von 5.000 € als allgemeiner Aufgabenzuschuss für die Unterstützung der Vereinsarbeit gezahlt werden solle. Wenn der Ausschuss mit diesem Verfahren einverstanden sei, würde die Verwaltung so (ohne Vorlage) verfahren.

Gegen den Vorschlag wurden keine Bedenken erhoben.

- 3.2.5 Herr Willamowski nahm Stellung zu den Veröffentlichungen des Sozialmediziners Dr. Dieter Schneider zur Kommunalisierung der Versorgungsämter. In diesem sogenannten Versorgungsamt Report vertritt Herr Dr. Schneider die These, dass die Kommunalisierung der Versorgungsämter zu einer Ungleichbehandlung der Schwerbehinderten auf Landesebene führen würde. Herr Willamowski erläuterte, warum er mit der gewählten Methode nicht einverstanden sei und von daher auch die Schlussfolgerungen nicht teile.
- 3.2.6 Bezüglich der Einrichtung einer interdisziplinären Frühförderstelle im Heinrich-Piepmeyer-Haus gab Herr Willamowski bekannt, dass die Verhandlungen zwischen den Krankenkassen, dem Heinrich-Piepmeyer-Haus und dem Sozialamt kurz vor dem Abschluss stünden. Sobald über die letzten Verhandlungsgegenstände Einigkeit erzielt worden sei, werde die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung das Verhandlungsergebnis zur Beschlussfassung vorlegen.
- 3.2.7 Herr Willamowski fasste die Haltung der AOK Westfalen-Lippe zur Einrichtung eines mobilen Pflegestützpunktes zusammen.

Die AOK Westfalen-Lippe habe mit Schreiben vom 15.06.2010 mitgeteilt, dass in der Frühphase der Erprobung noch keine Schlüsse über eine dauerhafte Inanspruchnahme der Pflegestützpunkte und der damit verbundenen weiteren Bedarfe gezogen werden könnten. Aktuell sei die Einrichtung weiterer Pflegestützpunkte in Münster nicht beabsichtigt.

Nach Ablauf der Erprobungsphase, die einvernehmlich bis zum 31.12.2011 verlängert werden solle, könnten auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse die Beratungen zur Errichtung weiterer Pflegestützpunkte fortgesetzt werden.

Einzelheiten können der beigefügten Mitteilung entnommen werden – **Anlage 2.**

- 3.2.8 Herr Willamowski wies auf die Vorlage V/0438/2010 „Eckwerte für den Haushaltplan 2011 und Konzept zur Haushaltskonsolidierung“ hin, die für sachkundige Bürger/innen und Einwohner/innen zur Mitnahme bereit liege. In Internet sei sie abrufbar unter www.muenster.de/stadt/haushaltskonzept.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Keine.

Punkt 5 der Tagesordnung**Internationales Sommerfest auf dem Gelände der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster**

Herr Dr. Otto schilderte als Leiter des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes der Stadt Münster die Umstände, die zu der Kontrolle auf dem Internationalen Sommerfest am 26.06.2010 geführt haben sowie seine Eindrücke von der konkreten Situation auf dem Fest. Mit Rücksicht auf den Verbraucherschutz habe er keine andere Handlungsmöglichkeit gesehen, hoffe aber sehr, dass es sich um eine einmalige Konstellation gehandelt habe, die durch prophylaktische Maßnahmen im Vorfeld des Festes künftig vermieden werden könne. Er bot den Veranstaltern des Internationalen Sommerfestes an, mit Informationen und Tipps behilflich zu sein, damit ein reibungsloser Ablauf künftiger Veranstaltungen gesichert sei.

Frau Ganser bezog zu den Erklärungen von Herrn Dr. Otto ausführlich Stellung und stellte einen Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit fest.

Den Statements von Herrn Dr. Otto und Frau Ganser folgte eine intensive Diskussion, in deren Verlauf deutlich wurde, dass ein wirksamer Verbraucherschutz von allen Anwesenden für zwingend erforderlich gehalten wird, es aber unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit der durchgeführten Kontrolle gibt.

Herr Stadtrat Paal bekräftigte, dass die Verwaltung das Internationale Sommerfest ausdrücklich begrüße und an einer Durchführung in den nächsten Jahren großes Interesse habe. Er bedaure den unglücklichen Ablauf sehr und habe dies auch gegenüber der Prorektorin der Westfälischen Wilhelms-Universität, Frau Dr. Ravenstein, zum Ausdruck gebracht. Man habe vereinbart, im nächsten Jahr ein Vorgespräch zu führen und die notwendigen Maßnahmen abzusprechen.

Herr Aldejohann erteilte Herrn Spyridon-Paul Marinos als Vorsitzendem des Integrationsrates sowie Herrn Joachim Sommer als Leiter des Internationalen Zentrums der WWU »Die Brücke« und damit einem der Veranstalter des Sommerfestes das Wort, nachdem Einwendungen gegen die Gewährung des Rederechtes für beide Gäste von den Mitgliedern des Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nicht erhoben worden waren.

Herr Marinos machte deutlich, dass der Konflikt seiner Meinung nach durch interne Kommunikation zwischen allen Beteiligten schneller und effektiver hätte gelöst werden können. Er regte daher an, künftig zunächst ohne Öffentlichkeitsbeteiligung nach Lösungen zu suchen.

Herr Sommer erklärte, dass grundsätzlich keine Einwände erhoben würden gegen Kontrollen zum Schutz des Verbrauchers; im konkreten Fall sehe er aber die Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt. Ihm sei es wichtig, zukunftsgerichtet nach einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung zu suchen. Er unterbreite daher der Verwaltung das Angebot, als Leiter des Zentrums »Die Brücke« künftig als verantwortlicher Ansprechpartner auch für Vorgespräche zur Verfügung zu stehen.

Das Angebot wurde von Herrn Stadtrat Paal sehr begrüßt und dankend angenommen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0418/2010****Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2009**

Herr Lembeck stellte den Bericht vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Frau Dr. Hasenjürgen lobte den Bericht und regte an, zusätzlich die Vielfalt/Unterschiedlichkeit von Jugendlichen in den Blick zu nehmen.

Herr Wölter schloss sich dem Lob an und schlug vor, über ressortübergreifende Verknüpfungen nachzudenken, beispielsweise zu der in der Verantwortung des Gesundheitsamtes liegenden Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Begrüßt wurde der Bericht ebenfalls von Frau Wagstaff, die anlässlich der Beteiligung des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien an dem Projekt „Kompetenzzentrum - Uppenbergsschule“ die Frage stellte, ob die ab dem Jahr 2011 nicht mehr gesicherte Finanzierung der weiteren Stelle Schulsozialarbeit an der Uppenbergsschule aus Projektmitteln für das Kompetenzzentrum erfolgen könne. Da ein Zusammenhang zwischen den Maßnahmen nicht besteht, kann eine Absicherung der Stelle aus den Projektmitteln nicht erfolgen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Bericht der Verwaltung zur Vernetzung der Hospizarbeit

Herr Schulze auf'm Hofe stellte anhand einer Powerpoint-Präsentation die Vernetzung der Hospizarbeit in Münster vor. Er und Herr Stadtrat Paal beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Herr Aldejohann dankte Herrn Schulze auf'm Hofe für den Vortrag.

Die Folien sind dieser Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0497/2010

Organisatorische Alternativen zur künftigen Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II in der Stadt Münster

Herr Reiners bedankte sich für die Vorlage und richtete einen Appell zur Zustimmung zur Option an die im Rat vertretenen Parteien.

Herr Dr. Kornblum bedankte sich ebenfalls für die Vorlage und begründete, warum eine Festlegung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen sollte.

Herr Wölter regte an, in der für die Ratssitzung am 29.09.2010 zu erstellenden Vorlage die Veränderungen durch die Einführung des Jobcenters aufzuzeigen.

In seiner Antwort legte Herr Stadtrat Paal dar, dass die Veränderungen durch das Jobcenter neben den Aussagen zu einer möglichen Option ein Schwerpunkt der Vorlage sein werden.

Herr Otte äußerte die Erwartung, dass die Vorlage der Politik bis zum Ende der Sommerferien zur Verfügung gestellt werde.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Das Gutachten „Bewertung der organisatorischen Alternativen zur künftigen Aufgabenwahrnehmung im SGB II in der Stadt Münster“ der GFA Public GmbH vom 11.06.2010 (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Sitzung des Rates am 29.09.2010 eine Empfehlung zur Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Beschlussfassung zu dieser Vorlage keine Kosten verbunden sind.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0489/2010

Soziale Wohnraumförderung

Frau Regenitter stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Aldejohann bedankte sich bei Frau Regenitter für die Vorlage und den Vortrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0422/2010

Großwohnsiedlung Kinderhaus-Brüningheide Vorbereitung von wohnungswirtschaftlichen Per- spektiven für das Gebiet "Soziale Stadt Kinder- haus-Brüningheide"

Ohne Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Bericht über die Chronologie der bisherigen städtischen Interventionen und die aktuellen Entwicklungen im Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, wohnungswirtschaftliche Perspektiven für das Gebiet „Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide“ nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Eckpunkte vorzubereiten.
3. Über die mögliche Verwendung von Restmitteln aus dem bis zum 31.12.2010 befristeten Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ wird nach positivem Votum des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW rechtzeitig zu den Beratungen des Haushaltes 2011 berichtet.

II. Kosten/Folgekosten

Aus den Beschlüssen resultieren unmittelbar keine Kosten. Über die mögliche Verwendung von Restmitteln aus dem Bund- Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2011 zu entscheiden.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0291/2010**
**Wohngebiet Brüningheide: Jahresbericht Soziale
Stadt Kinderhaus-Brüningheide und Handlungs-
empfehlungen 2011-2013**

Ohne Aussprache schloss sich der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung dem Beschlussvorschlag der Vorlage einstimmig an und empfahl dem Hauptausschuss sowie dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Jahresbericht 2009 (Anlage 1) der Sozialen Stadt Kinderhaus-Brüningheide wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem in der Begründung dargestellten Eckpunktekonzert für die Verstetigung der im Programmzusammenhang Soziale Stadt entwickelten Handlungsansätze und Kooperationen sowie der für die künftige Maßnahmeumsetzung empfohlenen Organisationsstruktur im Wohngebiet Kinderhaus-Brüningheide wird, vorbehaltlich der erforderlichen Mittelbereitstellung im Rahmen der Entscheidung über die Haushaltssatzung 2011, zugestimmt.
3. Der Beirat Soziale Stadt Kinderhaus, Brüningheide, erhält ab 01.01.2011 die Bezeichnung ‚Beirat Kinderhaus-Brüningheide‘. Der Beirat entscheidet über die Konkretisierung der Einzelmaßnahmen und -projekte sowie jeweils jährlich über ihre Finanzierung im Rahmen der hierfür bereitgestellten Haushaltsmittel.
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 4.1 die Umsetzung des Verstetigungskonzepts vorzubereiten und im Zeitraum 2011 bis 2013 zu koordinieren,
 - 4.2 die Bezirksvertretung Münster-Nord je nach Bedarf über die Umsetzung zu unterrichten und
 - 4.3 dem Rat jährliche Berichte über Umsetzung, Ergebnisse und Entwicklung der Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die zuvor dem Beirat Kinderhaus-Brüningheide, der Bezirksvertretung Münster-Nord, den beteiligten Fachausschüssen und Gremien des Rates einschließlich Integrationsrat vorgelegt werden.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Sachentscheidung in den Jahren 2011 bis 2013 mit Kosten von bis zu 150.000 € pro Jahr verbunden ist.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2011 2012 2013	150.000 150.000 150.000	Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2011.
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
Insgesamt:				450.000	

Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe					
Teilergebnisplan (Zeile)					
Insgesamt:					

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0468/2010**

**Wiedereinführung des Münster-Passes, Angebots-
konzept ab 01.09.2010**

Frau Ganser, Herr Schofer, Frau Wagstaff und Herr Wölter bedankten sich bei der Verwaltung, namentlich bei Herrn Frank Treutler, für die Vorlage.

Frau Ganser, Herr Otte und Herr Wölter schlugen vor, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0441/2010**

**Städtische Förderung der Verbraucherberatung
Münster 2011-2015 (allgemeine Verbraucherbera-
tung)**

Nach kurzer Diskussion regten Frau Ganser, Herr Otte und Herr Reiners an, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0413/2010**

Geschäftsbericht 2009 des Sozialamtes

Herr Willamowski stellte den Bericht vor. Er und Herr Stadtrat Paal beantworteten Nachfragen der Mitglieder.

Herr Schofer regte an, zukünftig die gemeinwesenorientierte Altenarbeit mit ihren unterschiedlichen Angeboten in den Bericht aufzunehmen. Herr Willamowski sagte zu, über dieses Thema zu informieren, ggf. auch in einem gesonderten Bericht.

Herr Wölter dankte für den Bericht; bat aber darum Probleme und Entwicklungen in Teilbereichen deutlicher herauszuarbeiten und Zielvorstellungen sowie die Ergebnisse im Geschäftsbericht festzuhalten.

Herr Stadtrat Paal begegnete dieser Anregung mit dem Hinweis, dass mit der Anregung von Herrn Wölter die Grundsatzfrage angesprochen werde, wie mit dem städtischen Berichtswesen umgegangen werden solle.

Herr Willamowski ergänzte, dass der Geschäftsbericht in erster Linie ein Nachschlagewerk für das vorangegangene Jahr sei und Zukunftsvisionen dort allein der Übersichtlichkeit und des Umfangs wegen nur sehr begrenzt dargestellt werden könnten. Er schlage daher vor, die bisherige Vorgehensweise, über aktuelle Themenbereiche gesondert zu berichten, beizubehalten.

Frau Dr. Hasenjürgen merkte an, dass sie eine geschlechtsspezifische Differenzierung für alle Leistungsbereiche für erforderlich halte. Soweit die Angaben auf externen statistischen Auswertungen beruhten, die diese Unterscheidung nicht vorsähen, sollten die Angaben angefordert werden.

Herr Willamowski sagte dies zu.

Herr Aldejohann bedankte sich für den Bericht.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Stadtrat Paal erklärte auf Nachfrage von Frau Ganser, dass der neue Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Norbert Schulze Kalthoff, sein Amt voraussichtlich am 01.10.2010 antreten werde.

Wegen der zukünftigen Nutzung der Dreifaltigkeitskirche bat Frau Ganser um eine Unterrichtung über den Zwischenstand in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung.

Herr Stadtrat Paal und Herr Willamowski sagten zu, das Thema auf die Tagesordnung eventuell eines nicht öffentlichen Sitzungsteiles zu setzen.

gez.
Gilbert Aldejohann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung